

## Aus pazifistische Sicht über den Ukrainekrieg nachdenken

### 1. Gewaltlosigkeit und Landesverteidigung

Auch als Pazifist darf man nicht anderen vorschreiben, gewaltfrei handeln zu müssen, sondern man kann oder soll es nur selbst tun.

Mahatma Gandhi äußerte zB vor dem großen Mut Polens, sich 1939 gegen Nazideutschland militärisch (aussichtslos) zu wehren, allergrößten Respekt und nannte den militärischen Kampf Polens einen „fast gewaltlosen“. Diesen scheinbaren Widerspruch muss man aufklären: Gandhi war überzeugt, als Anhänger der Gewaltlosigkeit müsse man immer *gegen Unrecht und für Gerechtigkeit* eintreten. Auch wenn er (Gandhi) glaube, dass es (fast) immer gewaltfreie Methoden gäbe – die man nur suchen und entdecken müsse – so sei er sich doch sicher, dass es moralisch immer noch besser sei, mit Gewalt gegen Unrecht einzutreten, dabei das eigene Leben zu riskieren, als „passiv“ zu bleiben und Unrecht hinzunehmen.

Gleichgültigkeit gegenüber Unrecht lehnte Gandhi moralisch ab, besonders wegen eines inhärenten überheblichen Anspruches, *besser zu sein als jemand*, der sich mit Gewalt gegen Unrecht wehrt, dabei sei man doch *mitschuldig* am Unrecht, das man zulasse. (Gandhi mutete sogar seinen indischen Landsleuten zu, darüber nachzudenken, inwieweit sie das britische Empire wirtschaftlich unterstützten und seine Vorteile genossen und dadurch selbst am Kolonialismus mitschuldig wären.)

Es folgt also eine ethische Dreistufigkeit Gandhis: das beste sei immer das gewaltlose Engagement für Gerechtigkeit, das zweite sei (wenn man keine andere Möglichkeit sehen könne) der eigene Einsatz für Gerechtigkeit inklusive Gewalt. Das Allerschlechteste und Abzulehnende sei Passivität oder „Nicht-Engagement“.

Angewendet auf 2022 als WesteuropäerInnen ist also zunächst nach der eigenen Verantwortung (Mitschuld) am Ukrainekrieg zu fragen. Ohne in die Tiefe zu gehen, ist der enorme Gas- und Ölverbrauch (neben anderen überzogenen „Verbrauchen“) Westeuropas klimazerstörend, in unserem speziellen Blickwinkel etwas, das uns als Gewinner mit dem russischen Oligarchen-Kapitalismus und seiner gelenkten Wirtschaft verbindet. Die Ukraine exportiert sogar Atomstrom! Wir profitieren davon, dass die Ukraine als Transfer unserer Energieträger dient, und falls sie für Russland unkontrollierbar oder zu eigenständig würde, bauen wir in der Ostsee den Umgehungsweg – nicht nur Deutschland, sondern alle, die an den Liefermengen wirtschaftlich profitieren bzw. diesen Markt erzeugen und bedienen.

### 2. Staat, Staatenbündnisse und Nationalismus

Die Veränderung staatlicher Grenzen, insb. mit Gewalt (Krim 2014) ist in jedem Fall ein Unrecht: ich verweise auf Immanuel Kants Idee, Staatsgrenzen auf immer unverändert zu belassen, da jede „Bereinigung früheren Unrechts“ durch Grenzveränderungen immer neues Unrecht schafft, und die Feststellung gerechter, logischer oder irgendwie ethnisch-kulturell „richtiger“ Grenzen unmöglich sei. In aller Regel werde durch den Versuch, Gerechtigkeit territorial wiederherzustellen, die Ungerechtigkeit immens vergrößert und neues Rachebedürfnis heraufbeschworen. Kant warnte vor der „Bereinigung“ und sah die Lösung in der Schaffung von *Republiken*, also solcher Staatsformen, die sich an dem Rechtsgrundsatz der

gleichen Würde und Rechte aller Menschen orientieren. Wenn die ganze Menschheit sich in Republiken strukturieren würde, könne auch jeglicher Kriegsgrund wegfallen.

Man darf nicht vergessen: das heutige Russland mit seiner „gelenkten Demokratie“ ist eine Despotie, ihr Herrscher zeigt im Ukrainekrieg Anzeichen von Wahnsinn bzw. er deutet die Bereitschaft zum nuklearen Erstschatz an. Russland umgibt sich aus angeblich „berechtigten Sicherheitsinteressen“ mit einer Reihe von Vasallenstaaten, die nötigenfalls mit Panzern, Artillerie und Raketen gegen die eigene Bevölkerung dafür sorgen müssen, dass der weitaus größte Flächenstaat der Erde abgeschirmt werde. Tschetschenien, Kasachstan, Belarus zeigen auf grausame Weise, was das ukrainische Volk erwarten würde, und man kann ethisch nicht sagen, dagegen dürfe man sich nicht wehren. Russlands Engagement aufseiten Assads in Syrien ist zwar abseits, folgt aber ebenfalls einem grausamen und kolonialistischen Schema.

Russland ist das letzte Kolonialimperium, und Präsident Putin deutete immer wieder an, dass er Fehler früherer Epochen (das Ende der UdSSR nach Gorbatschow, oder verlorene Kriege der Zaren ...) *bereinigen* wolle. Er ist offensichtlich gewillt, frühere Herrschaftsbereiche russischer Despoten zurückzuerobern, und er ist auf diesen Territorien zu einem eskalierenden Krieg gegen das gesamte Volk bereit. Grosny (Tschetschenien) ist das brutalste Beispiel, aber die graue Eiszeit in Belarus, etwas näher bei uns, zeigt, dass die Forderungen dieser kolonialen Despotie unersättlich sind und ein Fass ohne Boden darstellen würden, wenn man ihnen nachgibt. Moldawien, Estland ... könnten die nächsten Opfer sein.

Die Unabhängigkeit der Ukraine – von Russland völkerrechtlich garantiert – kann nicht in Erinnerung an das 19. oder 20. Jahrhundert mit einem „natürlichen Anspruch Russlands“ infrage gestellt werden. Daher muss moralisch die Ukraine nicht nur eine freie Demokratie bleiben, sondern sie muss auch das Recht haben, ihren Status – Neutralität, NATO-Mitgliedschaft, GUS, EU oder Blockfreiheit – selbst zu definieren, ohne dass ein kolonialer Nachbar es ihr diktiert. Freilich ist der Beitritt zu EU oder NATO auch davon abhängig, ob diese Bündnisse ein neues Mitglied aufnehmen wollen, wozu sie nicht verpflichtet sind. Die EU wird Zeit benötigen und zuerst wohl noch *Vertiefung*, auch sicherheitspolitisch, sie wird den Verzicht auf Souveränität ihrer Mitgliedsstaaten nötig haben, und nicht schnell neue Staaten aufnehmen.

An dieser Stelle ist etwas zum *Tempo* anzumerken: Politische Prozesse, die sehr schnell, blitzartig oder *auf einen Schlag* erfolgen, sind nahezu immer mit Gewalt aufgeladen. Der gewaltfreie Weg ist entschleunigend und benötigt Dialog, verstehen-Wollen, sorgsame Analyse der Ursachen von Unrecht und Gewalt und langsame, aber mutige Schritte zur Besserung. Wer Gewalt vermindern will, muss auch nach der eigenen Beteiligung (Mitschuld) am Unrecht fragen und sich auch selbst kritisieren (lassen). Die Ukraine muss russischsprachige Bevölkerungsteile (zu denen Präsident Selenskyi gehört) gleichbehandeln, sie bedroht niemand (außen) und darf innen die Menschenrechte nicht verletzen – und wenn das der Fall wäre, wären internationale Institutionen (Europarat, UN, OSZE ...) zuständig, aber nicht ein Nachbarstaat, der eine eigene Agenda verfolgt, freilich auch nicht USA oder EU.

Die Ukraine kämpft wie David gegen Goliath. Es ist immer zu befürchten, dass ein neu aufkommendes Staatsbewusstsein oder ein Abwehrkrieg gegen einen übermächtigen Nachbarn Nationalismus und Hass erzeugen. Nationalismus und Hass sind schlecht, sie können aber nicht beseitigt werden, indem wir

Unterdrückung, Gewalt oder Diskriminierung zulassen und „tolerieren“ – im Gegenteil! Hass und Intoleranz dürfen selbst *nicht toleriert* werden.

### **3. Krieg und Beihilfe zum Krieg**

Hysterie und ein neuer Rüstungswettlauf (gegen das Klima!) müssen verhindert werden, Die Ukraine kann – auch in größter Bedrängnis – nicht verlangen oder erwarten, dass andere ihr militärisch zu Hilfe eilen müssen. Die NATO hat kein Mandat, außerhalb des NATO-Territoriums zu kämpfen, und muss auch eine weltweite Eskalation bedenken, die ihr Kriegseintritt auslösen würde. Auch andere Armeen haben keine topographische Kenntnis der Ukraine, wollten niemals dort (etwa als Eroberer) kämpfen, und wären Selbstmörder, wenn sie unter Verletzung des Völkerrechts jetzt „gegen Russland“ auf ukrainischem Boden intervenierten. Derartige Gedankenexperimente muss man mit kühlem Kopf sofort verwerfen.

Etwas ganz Anderes ist das Recht zur Selbstverteidigung, das man indirekt unterstützen kann. Man wird dabei selbst auch indirekt in die Verantwortung für Gewalt mit hineingezogen. Allerdings: aus wirtschaftlichen Gründen war Westeuropa dies schon zuvor, nur waren wir uns dessen vermutlich zu wenig bewusst. Es gibt also derzeit nicht die Möglichkeit für Westeuropa, moralisch ganz sauber zu bleiben, da uns unsere eigene Mitschuld in Form unseres enormen Öl- und Gasverbrauches zugunsten der Oligarchen und Staatskonzerne mit despotischen und kriegerischen Folgen für die Herkunftsländer gerade erst bewusst wird.

Die vom pazifistischen Standpunkt aus bedeutendste Handlungsmöglichkeit besteht in der raschen Abkehr von diesem Verbrauch, viel wichtiger als alle Embargos und Wirtschaftsschädigungen Russlands. Zusätzlich zu legitimen Boykotts sollte ein positives Gegenangebot gemacht werden: gute Nachbarschaft zu Russland *und* der Ukraine, Freundschaft und Handelsbeziehungen zu beiden müssen eine ökologische Wende durchlaufen. Russland sollte von seiner Öl-, Gas- und Kohleabhängigkeit zu alternativen und sparsameren Energieeinsätzen und besseren, klimaverträglicheren Technologien verholpen werden – was für die Ukraine ebenso gilt.

Moralisch unaufrichtig ist es, wenn Westeuropa einerseits dem Schein nach all seine Handelsbeziehungen zu Russland kappt, den Schaden und die ökonomische Verarmung Russlands genüsslich öffentlich ins Bild setzt, und gleichzeitig heimlich Zahlungswege aufrecht erhält, die uns das russische Öl und Gas verschaffen.

Wer für den Frieden kämpft, mag in einer bestimmten Situation moralisch überfordert, ratlos oder verzweifelt sein. Das ist nicht unanständig. Auch in diesem Text werden nicht alle Fragen beantwortet und alle Auswege gewiesen. Es bleibt Ratlosigkeit, Trauer und Sorge um die Zukunft. Aber wenn wir uns wieder erheben und das Engagement für eine gerechte Sache wieder aufnehmen wollen, dann muss auch ein positives Bild davon existieren, wie Westeuropa in eine gute Nachbarschaft zu einem nicht mehr kolonialen Nachbar Russland und anderen Nachbarländern wie Belarus, Moldawien, Ukraine ... treten will. In diesem positiven Bild muss es wieder wirtschaftliche Zusammenarbeit geben, aber Öl und Gas sollten möglichst keine Rolle mehr spielen. Gleichwohl benötigt Russland wie die Ukraine einen Knowhowtransfer, um nicht – nach Ende des Gasgeschäftes – in eine unwürdige Abhängigkeit zu geraten. Das Angebot Westeuropas muss eine echte Entwicklungsmöglichkeit für alle Beteiligten beinhalten.